

Medienmitteilung

Departement Finanzen

22. September 2026

Budget 2027: Stadtrat rechnet mit Minus und lanciert Projekt zur Entlastung des Finanzhaushalts

Der Stadtrat legt dem Parlament für das Jahr 2027 ein Budget mit einem Minus von 11,6 Millionen Franken vor. Das Budget ist geprägt von weiterhin stark steigenden Kosten in den Bereichen Bildung, Soziales und Pflegefinanzierung. Dies führt zu strukturellen Herausforderungen, die sich in den Folgejahren weiter akzentuieren. Um langfristig den Handlungsspielraum und damit die Attraktivität der Stadt Winterthur zu erhalten und einen robusten Finanzhaushalt zu sichern, sind Massnahmen erforderlich. Der Stadtrat hat deshalb das Projekt «Haushaltsentlastung 2030» lanciert.

Das Budget der Stadt Winterthur weist bei einem Gesamtaufwand von 2,093 Milliarden Franken und einem Gesamtertrag von 2,082 Milliarden Franken einen Aufwandüberschuss von 11,6 Millionen Franken aus. Das zweckfreie Eigenkapital wird Ende 2027 gemäss Planung rund 468,1 Millionen Franken betragen.

Erneut stark steigende Kosten in den Bereichen Bildung, Soziales und Pflege

Die grössten Kostenblöcke im Budget bilden wie in den Vorjahren die mehrheitlich gesetzlich vorgegebenen Bereiche Bildung (374,4 Mio. Fr.), Soziales (181,3 Mio. Fr.) und die Pflegefinanzierung (72,5 Mio. Fr.). Die Kosten steigen in diesen Bereichen weiterhin deutlich an, sodass sie insgesamt rund 25 Millionen Franken höher sind als noch im Vorjahresbudget.

Von den Mehrkosten entfallen 12 Millionen Franken auf die Bildung. Während die Zahl der Kinder in der Volksschule und der schulergänzenden Betreuung insgesamt weniger stark wächst wie bisher, nimmt sie in der Sekundarschule weiter zu. Gleichzeitig steigt auch die Zahl der Kinder in der Sonderschulung weiter stark an. Im Bereich der individuellen Unterstützung sowie bei der Pflegefinanzierung ist ein Kostenwachstum von jeweils 6,8 Millionen Franken zu verzeichnen. Ein wesentlicher Grund dafür sind demografische Entwicklungen: In der Stadt leben immer mehr ältere Menschen, was zu einer zunehmenden Nachfrage nach ambulanten und stationären Pflegeleistungen sowie einem steigenden Bedarf an Zusatzleistungen zur AHV und IV führt.

Höhere Erträge aus Steuern und Finanzausgleich

Bei gleichbleibendem Steuerfuss von 125 Prozent rechnet die Stadt im Budgetjahr mit Steuereinnahmen von 555,7 Millionen Franken. Das sind 34,5 Millionen Franken mehr als im Vorjahresbudget. Dank voraussichtlich positiven wirtschaftlichen Entwicklungen erwartet die Stadt sowohl bei den natürlichen als auch den juristischen Personen steigende Einnahmen. Der Steuerertrag bei den natürlichen Personen erhöht sich auf 410,8 Millionen Franken (plus 23,5 Mio. Fr.) und bei den juristischen Personen auf 89,1 Millionen Franken (plus 10,9 Mio. Fr.). Bei der Grundstückgewinnsteuer ist mit konstant hohen Erträgen in der Höhe von 55 Millionen Franken zu rechnen.

Im Budgetjahr erhält die Stadt 174,3 Millionen Franken aus dem innerkantonalen Ressourcenausgleich, 1,7 Millionen Franken weniger als im Vorjahr. Dies, weil die relative Steuerkraft des Kantons im Berechnungsjahr 2025 etwas weniger stark gestiegen ist als jene der Stadt Winterthur. Der Zentrumslastenausgleich, der jeweils nur der Teuerung angepasst wird, beträgt 90,2 Millionen Franken.

Stadt investiert weiter stark in die Infrastruktur

Für Investitionen in das Verwaltungsvermögen sind netto 279,3 Millionen Franken vorgesehen. Gegenüber dem Vorjahresbudget entspricht das einem Anstieg von 16,9 Millionen Franken. Besonders ins Gewicht fallen die von der Stimmbevölkerung beschlossenen Sanierungen der Kehrrichtverwertungsanlage (KVA) mit 34,9 Millionen Franken und der Abwasserreinigungsanlage (ARA) mit 10,7 Millionen Franken. Gleichzeitig plant die Stadt mit 32,5 Millionen Franken für die Erneuerung und Erweiterung von Schul- und Betreuungsraum. Aufgrund des hohen Investitionsvolumens ergibt sich für das Jahr 2027 ein errechneter Selbstfinanzierungsgrad von 56 Prozent.

Strukturelle Herausforderungen akzentuieren sich

Das Budget 2027 zeigt deutlich: Der Druck auf die Stadtfinanzen nimmt weiter zu. Angesichts der herausfordernden finanziellen Aussichten hat der Stadtrat die Ausgaben, die er im Rahmen des Budgetprozesses selbst beeinflussen kann, bereits priorisiert. Dennoch vermag das einnahmeseitige Wachstum die stark steigenden Kosten nicht mehr zu kompensieren. Die Prognosen zeigen, dass die Ausgaben auch weiterhin schneller steigen als die verfügbaren Einnahmen. In den Planjahren sind deshalb steigende Defizite zu erwarten. Ohne Massnahmen ist im Jahr 2030 mit einem Aufwandüberschuss von 45 Millionen Franken zu rechnen.

Stadtrat lanciert Projekt zur Haushaltsentlastung

Winterthur ist für viele Menschen attraktiver Wohn- und Arbeitsort. Als regionales Zentrum erfüllt die Stadt zudem wichtige Aufgaben für die gesamte Region. Um die Qualitäten der Stadt langfristig zu erhalten, hat der Stadtrat deshalb frühzeitig und vorausschauend ein Projekt zur Entlastung des Finanzhaushalts lanciert. Mit dem Projekt «Haushaltentlastung 2030» will er den finanziellen Handlungsspielraum für die kommenden Jahre bewahren und einen langfristig robusten Finanzhaushalt sichern.

Gemeinsam mit der Stadtverwaltung und unter Beizug einer externen Expertengruppe werden in den nächsten Monaten fundierte Entlastungsmassnahmen erarbeitet. Das Ziel ist ein Massnahmenpaket, das den städtischen Finanzhaushalt nachhaltig und wiederkehrend um 25 Millionen Franken entlastet. Damit will der Stadtrat eine substanzielle Verbesserung gegenüber der bisherigen Finanzplanung bewirken. Seinen Vorschlag wird er voraussichtlich bis Sommer 2027 vorlegen und über die weiteren Schritte informieren.

Mit dem Projektauftritt nimmt der Stadtrat seine Verantwortung wahr, um für künftige Herausforderungen gut gerüstet zu sein und langfristig handlungsfähig zu bleiben. Die steigenden Kosten in den mehrheitlich kantonal gesteuerten Aufgabenbereichen können jedoch nicht allein mit eigenen, kommunalen Massnahmen aufgefangen werden. Dies würde die Lebensqualität und Attraktivität von Winterthur stark beeinträchtigen. Der Stadtrat setzt sich deshalb mit Nachdruck dafür ein, dass der Kanton mehr finanzielle Verantwortung für diese Bereiche übernimmt und auf zusätzliche Belastung der Gemeinden verzichtet.

Weisung an das Stadtparlament unter: parlament.winterthur.ch